Max Fechner — Minister der Justiz

Der Minister der Justiz der Provisorischen Regierung, Max Fechner, ist vom Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in diese hohe Funktion auch innerhalb der neuen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik berufen worden. Die Bestätigung der Berufung Max Fechners durch die aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Volkskammer beweist die Anerkennung der Tätigkeit Max Fechners als des verantwortlichen Leiters der demokratischen Justiz und das Vertrauen, daß die Volksvertretung der Deutschen Demokratischen Republik Fechner und der unter seiner Leitung zur weiteren Demokratisierung der Justiz bisher vollbrachten und noch zu leistenden Arbeit entgegenbringt.

Im Zusammenhang mit der Neubildung der Regierung wurde Dr. Töplitz zum Staatssekretär des Ministeriums der Deutschen Demokratischen Republik ernannt, der besonders den Berliner Juristen nicht unbekannt ist, da er seit 2 Jahren an dem Aufbau der Berliner Justiz mitgearbeitet hat.

Max Fechner, der aus der Arbeiterklasse kommt und seit seinem 16. Lebensjahr mit dem Kampf der deutschen Arbeiterbewegung verbunden ist, half nach der Zerschlagung des Faschismus, die Einheit der deutschen Arbeiterklasse im Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone zu schmieden. Als stellvertretender Vorsitzender und Leiter der Justizpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat er sich in besonderem Maße um den Aufbau einer demokratischen Justiz verdient gemacht.

Auf der 1. Juristenkonferenz im Juni 1948 trug Max Fechner die Thesen zur weiteren Demokratisierung der Justiz vor, mit denen er eine großzügige und tiefgreifende Reorganisation der Justiz forderte und die er zur Grundlage für seine Tätigkeit zunächst als Präsident der deutschen Justizverwaltung und dann als Minister der Justiz der Deutschen Demokratischen Justiz machte. Eine Ergänzung dieser Thesen war seine richtungweisende Erklärung zur Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit, die die weitere Arbeit der Justiz erfolgreich beeinflusste.

Diesen programmatischen Thesen Max Fechners entsprach die Justizpolitik, die in den 2 Jahren seiner Tätigkeit betrieben wurde.

Der von November 1949 bis März 1950 erfolgreich durchgeführte Justizwettbewerb der Länder der Deutschen Demokratischen Republik führte zur systematischen und planmäßigen Anwendung der in den letzten Jahren entwickelten neuen demokratischen Arbeitsmethoden bei allen Gerichten und Staatsanwaltschaften. Die durch die allseitige Entwicklung dieser neuen Arbeitsweisen geschaffene Verbundenheit der werktätigen Bevölkerung mit der Demokratischen Justiz kennzeichnet nichts besser als die Tatsache, daß der FDGB als ersten Preis 10 000 DM zur Verfügung stellte.

Neben diesen der Aufklärung der Bevölkerung und der Verbrechensvorbeugung dienenden Arbeitsmethoden hat das Ministerium der Justiz neue Wege in der Durchführung operativer Maßnahmen zur Aufklärung und praktischen Anleitung der Richter und Staatsanwälte beschritten. Von den Mitarbeitern des Ministeriums ist Anfang Oktober 1950 zur Sicherung der Vorbereitung und der Durchführung der Volkswahlen eine Aufklärungsaktion bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften durchgeführt worden. Dabei sprach der Minister der Justiz innerhalb von 4 Tagen in großen Versammlungen zu den Angestellten der Justiz in allen Ländern. Diese neuen und demokratischen Arbeitsmethoden haben die Justiz zu einem schlagkräftigen Instrument des werktätigen Volkes im Kampf gegen seine Feinde werden lassen.

Die Veränderungen in der Form des Kampfes der Feinde unserer demokratischen Ordnung machten es erforderlich, daß die Justiz besondere Schwerpunkte in ihrer Arbeit herausbildete, die u. a. die wirksame Bekämpfung der Buntmetalldiebstähle, der Brandstiftungen und der Arbeitsunfälle ermöglichte. Hierdurch

gelang es, einen entscheidenden Beitrag zu dem starken Rückgang der allgemeinen Kriminalität und besonders der Jugendkriminalität zu leisten. Das war deshalb so wichtig, weil dadurch die Arbeit der Justizorgane auf die immer häufiger und systematischer einsetzenden Sabotage- und Diversionsakte gegen das Volkseigentum und den Aufbau der Friedenswirtschaft dienenden Maßnahmen konzentriert werden konnte.

In der Erkenntnis, daß der Kampf zur Sicherung der Durchführung des planmäßigen Wirtschaftsaufbaues und insbesondere die Bekämpfung der Schädlingearbeit staatsfeindlicher Elemente koordiniert werden müsse, hat die Justiz ihre Tätigkeit in engster Zusammenarbeit mit der Volkspolizei, den Volkskontrollausschüssen und den staatlichen Kontrollorganen durchgeführt.

Außerdem war es gerade hierfür notwendig, Maßnahmen zur Qualifizierung der Richter und Staatsanwälte einzuleiten und durchzuführen. Deshalb wurde die allgemeine fachliche Schulung der Richter und Staatsanwälte erweitert. Deshalb wurde entscheidendes Gewicht auf die Verbesserung der Ausbildung der künftigen Juristen gelegt, die Minister Fechner immer besonders am Herzen lag. Seiner Initiative verdankt die vor der Fertigstellung stehende Zentrale Richterschule in Babelsberg ihre Entstehung. Auf ihr sollen jeweils 400 Werk tätige in Zweijahreskursen zu Richtern und Staatsanwälten von neuem Typus herangebildet werden, die in dem gerechten Kampf um die Einheit Deutschlands und den Frieden fest an der Seite des werktätigen Volkes stehen und seine Interessen über alles stellen. Die im Sommer 1950 erfolgte Eröffnung des ersten Zweijahreslehrgangs, der noch geteilt in zwei Landesschulen läuft, war ein Markstein in der Entwicklung der demokratischen Justiz.

Auch die Ausbildung der Studenten an den Juristischen Fakultäten wurde im Jahre 1950 grundlegend umgestaltet. Ein neuer Studienplan bezeichnet als die Grundlage einer fortschrittlichen Rechtswissenschaft die Kenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze. Daher werden den Studenten in den ersten Semestern die Grundzüge der politischen Ökonomie, der Geschichte und des dialektischen und historischen Materialismus vermittelt. Über diesen neuen Studienplan und seine Prinzipien hielt Max Fechner ein vielbeachtetes Referat vor den Dozenten und Studenten der Berliner Humboldt-Universität.

Im ersten Jahre des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik hat das unter der Leitung Max Fechners stehende Ministerium der Justiz eine umfangreiche Arbeit bei der Vorbereitung der neuen Gesetzgebung geleistet. Es wurde auch schon mit den Vorarbeiten für die vor uns stehende Reform der Justizgesetzgebung begonnen.

Als Minister der Justiz und als Präsident der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands hat Max Fechner die Entwicklung der demokratischen Justiz in der Deutschen Demokratischen Republik maßgeblich beeinflusst. Indem die demokratische Justiz die Errungenschaften und den wirtschaftlichen Aufstieg unserer Republik schützt, unterstützt sie den Kampf um die Einheit Deutschlands und den Frieden, wobei sie sich der freundschaftlichen Verbundenheit mit den Juristen der Sowjetunion, der Volksdemokratien und den fortschrittlichen Juristen aller Länder bewußt ist.

Das war es, was Max Fechner bei der Gesamtdeutschen Juristentagung am 9. und 10. Dezember 1950 meinte, als er in seinem Schlußwort sagte:

„Ein hervorstechendes Kennzeichen des Kongresses sehe ich auch darin, daß sich die deutschen Juristen mit Freude und Stolz als Teil des großen Weltfriedenslagers betrachten, als ein Teil jener Front, die für Frieden, Fortschritt und Kultur gegen Krieg, Reaktion und Barbarei kämpft.“